

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Dr. Hartenstein, Frau Blunck, Duve, Hoffmann (Saarbrücken), Ibrügger, Jansen, Jaunich, Kirschner, Dr. Kübler, Frau Dr. Martiny-Glotz, Marschall, Reuter, Stiegler, Frau Weyel, Frau Zutt, Frau Dr. Adam-Schwaetzer, Cronenberg, Eimer (Fürth), Hölscher, Schmidt (Kempten), Wolfgramm (Göttingen), Bredehorn, Holsteg, Paintner und der Fraktionen der SPD und FDP

Schadstoffe in der Muttermilch

In jüngster Zeit durchgeführte Muttermilchuntersuchungen haben in vielen Fällen eine hohe Belastung der Muttermilch insbesondere mit Kohlenwasserstoffen und Schwermetallen aufgezeigt. Dies hat in der Bevölkerung – insbesondere unter stillenden Müttern – Besorgnisse ausgelöst.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welcher Art und wie hoch ist die Belastung der Muttermilch mit Schadstoffen, insbesondere mit chlorierten Kohlenwasserstoffen und Schwermetallen, in der Bundesrepublik Deutschland?
2. Gibt es regionale Unterschiede, und sind Zusammenhänge zwischen Ernährungssituation, Wohnort und der Rückstandsbelastung in der Muttermilch erkennbar, wenn ja, worauf sind sie zurückzuführen?
3. Wie hat sich die Schadstoffbelastung der Muttermilch in den letzten Jahren entwickelt, und können Prognosen für die nächsten Jahre gegeben werden?
4. Liegen zur Schadstoffbelastung der Muttermilch Erkenntnisse aus dem Ausland vor?
5. Welches sind die Hauptquellen der Schadstoffbelastung der Muttermilch?
6. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen der festgestellten Schadstoffmengen?
7. Von welchen Voraussetzungen geht die Festsetzung von Höchstmengen in der Kuhmilch aus, und treffen diese Voraussetzungen auch bei der Bewertung der Rückstände in der Muttermilch zu?

8. Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß die in der Muttermilch festgestellten Konzentrationen von bestimmten Schadstoffen die für Kuhmilch festgesetzten Höchstmengen zum Teil um das Mehrfache überschreiten?
9. Welche Forschungsaktivitäten hat die Bundesregierung in diesem Bereich gefördert, welches sind die Ergebnisse und wo liegt nach ihrer Auffassung der Schwerpunkt des künftigen Forschungsbedarfs?
10. Welche gesetzlichen Maßnahmen wurden bereits ergriffen, und hält die Bundesregierung auf nationaler und EG-Ebene weitere Rechtsetzungsmaßnahmen für erforderlich?
11. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, rat-suchende Eltern zu informieren, und welche Einrichtungen gibt es dafür?

Bonn, den 16. Juni 1982

Frau Dr. Hartenstein
Frau Blunck
Duve
Hoffmann (Saarbrücken)
Ibrügger
Jansen
Jaunich
Kirschner
Dr. Kübler
Frau Dr. Martiny-Glotz
Marschall
Reuter
Stiegler
Frau Weyel
Frau Zutt
Wehner und Fraktion

Frau Dr. Adam-Schwaetzer
Cronenberg
Eimer (Fürth)
Hölscher
Schmidt (Kempten)
Wolfgramm (Göttingen)
Bredehorn
Holsteg
Paintner
Mischnick und Fraktion